

10 Mobilität, Migration, Flucht: Dynamiken inner- und außerhalb der Ukraine

Oksana Mikheieva

Die ukrainische Migration vor und nach der Unabhängigkeit – allgemeine Trends

Die modernen Migrationsprozesse in der Ukraine sind Teil des allgemeinen Globalisierungsprozesses, tragen aber gleichzeitig die Spuren einer komplexen und oft tragischen Geschichte. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gehörten die ukrainischen Gebiete zu zwei Imperien – dem russischen und dem österreichisch-ungarischen. Während des Ersten Weltkriegs waren die Ukrainer durch die Grenzen der beiden Reiche, die sich bekriegt hatten, geteilt. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Zeit des Kampfes um Unabhängigkeit und Souveränität wurden die meisten ukrainischen Gebiete Teil der Sowjetunion mit ihrer nicht minder komplexen und zwiespältigen Geschichte und litten auch stark unter dem Verlauf und den Folgen des Zweiten Weltkriegs. Die komplexe und oft tragische Geschichte dieser Länder hat die Art und Intensität der Migration, die den Kern der ukrainischen Diaspora bildet, stark beeinflusst.

Die erste Welle der ukrainischen Auswanderung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verlief größtenteils monodirektional aus der ‚Alten Welt‘ nach Amerika (USA, Brasilien, Argentinien, Kanada), Australien und Neuseeland (Libanova 2018) sowie nach Sibirien und in den Altai. Sie hatte vor allem wirtschaftliche Gründe – einerseits die Armut und Landlosigkeit der ukrainischen Bauern und andererseits das Interesse der Regierungen der Zielländer an der Erschließung von Teilen ihres jeweiligen Landes. In den meisten Fällen war die ukrainische Migration eine Reaktion auf die von den Regierungen dieser Länder gebotene Möglichkeit, kostenlos oder zu günstigen Bedingungen eine Zuteilung von unbebautem Land zu erhalten. Die zweite Welle fand in der Zwischenkriegszeit statt, war multidirektional – Polen, die Tschechoslowakei, Österreich, Deutschland, Rumänien, Bulgarien, Frankreich, die USA und Kanada waren nun Zielländer – und hatte sowohl wirtschaftliche als auch politische Motive. Zu denjenigen Migrant:innen, die einen Ausweg aus ihren wirtschaftlichen Problemen

suchten, gesellten sich diejenigen, die aus der Ukraine zur Zwangsarbeit nach Nazi-Deutschland deportiert worden waren, sowie diejenigen, die gegen die sowjetische Herrschaft gekämpft hatten und nicht in die Sowjetunion zurückkehren wollten. Die dritte Auswanderungswelle fand während und nach dem Zweiten Weltkrieg statt und bestand aus Menschen, die zumeist Gegner der Sowjetherrschaft waren und über Europa (Frankreich, Deutschland und Großbritannien) in die Vereinigten Staaten, nach Australien und Brasilien auswanderten. Die vierte Welle setzte nach dem Zusammenbruch des Sowjetstaates ein und war sowohl mit der Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, als auch mit der Notwendigkeit verbunden, wirtschaftliche Probleme im Zusammenhang mit der Systemkrise und dem sinkenden Lebensstandard zu lösen. Einer der begleitenden markanten Prozesse in dieser Phase war das Phänomen des *Braindrain* – die Abwanderung und Beschäftigung hochqualifizierter Fachkräfte, vor allem von Vertretern der Naturwissenschaften, ins Ausland.

Die Binnenmigration und Auswanderung der 2000er Jahre, die sich nach dem Beginn der russischen Aggression und der Besetzung von Teilen des ukrainischen Territoriums im Jahr 2014 erheblich verstärkte, hatte andere Größenordnungen, Ursachen und Parameter, die eine Annahme über den Beginn einer fünften Auswanderungswelle der ukrainischen Bevölkerung zuließen. Der Beginn der groß angelegten russischen Invasion am 24. Februar 2022 veränderte sowohl die Migrationssituation als auch die Einstellung zu Migration und Migranten in der Ukraine selbst dramatisch. Die neue Welle interner Zwangsmigranten sah sich mit deutlich weniger bürokratischen Hindernissen, negativen Bewertungen und stigmatisierenden Praktiken konfrontiert als die Menschen, die während der ersten Phase der russischen Aggression, die 2014 begann, zur Migration gezwungen wurden. Die erzwungene externe Migration von Ukrainern im Zusammenhang mit der groß angelegten russischen Militärinvasion ist zu einem wichtigen Faktor in der Innenpolitik vieler europäischer Länder geworden. Das Ausmaß, die Besonderheit und die Verfahrensweise der ukrainischen Migration im Zusammenhang mit der umfassenden russischen Invasion machen sie zudem zu einer der wichtigsten Forschungs- und Praxisfragen für die Ukraine und die EU-Länder (Mikheieva & Jaroszewicz 2023).

Interne Migration

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Erklärung der Unabhängigkeit der Ukraine haben die Bedingungen für die Binnenmigration radikal verändert. Die sowjetische Migrationspolitik war darauf ausgerichtet, Menschen an einen bestimmten Ort zu binden. Erstens wurden die Sowjetbürger durch die Institution der *Propiska* an einen bestimmten Ort gebunden. Durch die *Propiska* kontrollierte der sowjetische Staat die Freizügigkeit seiner Bürger, konnte bestimmte Personen oder ganze Gruppen aus den großen Städten ausschließen und hielt die Menschen davon ab, vom Land in die Stadt zu ziehen. Die Besonderheit der *Propiska* und ihr Unterschied zur Registrierung bestand darin, dass sie nicht nur den Wohnort festlegte, sondern das Leben an bestimmten Orten erlaubte oder verbot. Zweitens waren Auslandsreisen für Sowjetbürger stark eingeschränkt. Die Erlaubnis, andere Länder zu besuchen, wurde nur in Ausnahmefällen erteilt, und das Reisen selbst unterlag der Kontrolle der sowjetischen Sicherheitsdienste. All dies bildete den Rahmen für staatlich kontrollierte Migrationen. Dazu gehörten die Zwangsumsiedlung von Bauernfamilien zur Erschließung neuer Gebiete, die Deportation der Bevölkerung, der ‚Transfer‘ von Arbeitskräften, die Verteilung der Absolvent:innen von Sekundar- und Hochschuleinrichtungen in der gesamten UdSSR, sowie verschiedene staatliche Kampagnen, die Menschen verschiedener Berufe zur Durchführung großer staatlicher Projekte anzogen – wie z.B. der Bau von Kraftwerken, die Erschließung von Neuland und ähnliches. Zu Sowjetzeiten gab es den Begriff ‚Freiwilligkeits-Zwang‘, der jedem Sowjetmenschen bekannt war. In den meisten Fällen hatten die Menschen keine Möglichkeit, sich zu weigern, und stimmten zu, dorthin zu gehen, wohin die Partei und die Vorgesetzten sie schickten. Zudem setzte der Sowjetstaat Deportierte und Gefangene zur Arbeit auf den ‚großen Baustellen des Sozialismus‘ ein.

Daneben gab es auch Raum für die Verwirklichung individueller Wanderungsbewegungen – zum Beispiel durch Heirat, Umzug zum Studium, oder Umzug zu Verwandten, aber die allgemeine Haltung des Staates, eine Person an einen bestimmten Ort zu binden, schuf viele Schwierigkeiten für solche individuellen Wanderungsbewegungen und schränkte potenziell mögliche individuelle Wanderungsaktivitäten der Bevölkerung ein. Während der Sowjetzeit gab es auch eine externe Arbeitsmigration, die ebenfalls kontrollierter Natur und als solche oft Teil der sowjetischen Außenpolitik und kulturellen Expansion war. In diesem Fall handelt es sich in erster Linie um die Entsendung von Fachkräften in die so genannten sozialistisch

orientierten Entwicklungsländer mit Arbeits-, Kultur- und diplomatischen Missionen.

Der Zusammenbruch des sowjetischen Systems der „Umverteilung der Arbeitskraft“ (Malynovska 2013: 158) veränderte und individualisierte die Migrationsströme erheblich. Mit der Unabhängigkeitserklärung der ehemaligen Republiken der Sowjetunion verringerten sich die Migrationsströme zwischen den Republiken. Diejenigen Ukrainer, die zuvor gemäß der sowjetischen Logik der Verwaltung der Arbeitsressourcen vertrieben worden waren, sowie die Unterdrückten und Deportierten begannen in die unabhängige Ukraine zurückzukehren. Das wachsende nationale Selbstbewusstsein in den ehemaligen Sowjetrepubliken mit der Betonung der Titularnationen war ebenfalls ein Faktor, der die Migrationsströme in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren beeinflusste. Die Entwicklung der Nationalstaaten und die Änderung der Sprachpolitik zugunsten der Titularnationen verursachten „psychologisches und oft auch tatsächliches Unbehagen bei der ausländischen nationalen Bevölkerung und zwangen sie, in ihre historische Heimat zu ziehen“ (Malynovska 2021: 13). Dies galt auch für die Ukraine, wo in den ersten Jahren der Unabhängigkeit eine gleichzeitige Abwanderung und Ankunft der Bevölkerung zu beobachten war.

Der Volkszählung von 2001 zufolge setzten sich 22,2 Prozent der ukrainischen Bevölkerung bzw. 10,7 Millionen Menschen aus Vertretern von Nationalitäten und Ethnien anderer Nationalstaaten zusammen, die auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion entstanden waren. Innerhalb dieser Gruppe nahmen die Russen einen bedeutenden Platz ein, aber zwischen 1989 und 2001 verringerte sich die Zahl dieser Gruppe um 3 Millionen Menschen von 22,1 auf 17,3 %. Im gleichen Zeitraum ging die jüdische Bevölkerung der Ukraine um 382.700 Personen oder 78,7 % zurück, die Zahl der belarusischen Bürger verringerte sich um mehr als ein Drittel und die Zahl der Moldauer um ein Fünftel. Andererseits ist die Zahl der Krimtataren, die allmählich aus den Deportationsgebieten in die Ukraine zurückkehren, um das 5,3-fache von 46.800 im Jahr 1989 auf 248.200 im Jahr 2001 gestiegen (State Statistics Service of Ukraine 2003).

Nach der Volkszählung von 2001 ist die Zahl der Ukrainer ebenfalls um 122.000 bzw. 0,3 Prozent gestiegen, was in diesem Fall nicht nur durch Rückkehrer in die Ukraine nach der Unabhängigkeitserklärung verursacht ist, sondern allgemein auch einen Identitätswandel von Menschen, die gar nicht migriert sind, beinhaltet. Zu Sowjetzeiten war die Nationalität deskriptiv und wurde in allen offiziellen Dokumenten, einschließlich des Reisepasses, vermerkt. Die Nationalität war also nicht das Ergebnis einer

bewussten Entscheidung und eines Identifikationsprozesses, sondern ein starr festgelegter Parameter, der vererbt wurde. In gemischten Ehen konnten die Kinder zwischen zwei Nationalitäten wählen, entweder väterlicherseits oder mütterlicherseits. Bei der Wahl zwischen der russischen und einer anderen Nationalität wurde häufig die russische Nationalität gewählt, weil sie im Sowjetstaat mehr Möglichkeiten eröffnete. Infolgedessen war die zugewiesene Nationalität ein weiteres Mittel zur Kontrolle der Bevölkerung, sorgte für eine schleichende Russifizierung durch Mischehen und konnte zu einem der Gründe für Repressionen werden, wie die Deportation der Krimtataren im Jahr 1944, sowie national begründete Repressionskampagnen gegen Ukrainer, Deutsche, Polen, Bulgaren, Griechen und andere Nationalitäten in den 1930er Jahren zeigen (Nikolskyi 2003).

Seit 1992 wurde gemäß der Verordnung über den Reisepass für ukrainische Bürger die Nationalität in diesem Dokument nicht mehr angegeben (Werchowna Rada Ukraini 1992). Die Einwohner der unabhängigen Ukraine waren somit von der Verpflichtung zur Angabe ihrer Zugehörigkeit zu einer Nation befreit. Dies schuf neue Bedingungen für die Menschen, ihre nationale Identität ohne Bezugnahme auf offizielle Dokumente zu konstruieren (Mikheieva & Shevel 2021).

Die Wanderungsbewegungen zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken nach dem Zusammenbruch der UdSSR hatten in erster Linie politische Gründe. Doch bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, wurde sowohl die Binnen- als auch die Außenmigration zu einer Überlebensstrategie. In den darauffolgenden Jahren wurden die internen Bewegungen vor allem durch sozioökonomische Gründe angetrieben – unterschiedliche Lebensstandards in städtischen und ländlichen Gebieten und Unterschiede bei den Beschäftigungs- und Bildungschancen. Mit dem Beginn der russischen Aggression im Jahr 2014 und der groß angelegten Invasion im Jahr 2022 rückten sicherheitsbezogene Gründe für die Binnenmigration in den Vordergrund, nämlich die akute Bedrohung durch Beschuss, Völkermord, Deportationen, Menschenhandel.

Die Dynamik der Migrationsprozesse vor dem Beginn der russischen Aggression war durch die Anziehungskraft der großen Städte gekennzeichnet. Dies führte zur Bildung von Agglomerationen, die sich um die Großstädte herum bildeten. Solche Städte mit Metropolencharakter waren in der Ukraine vor dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 Kyjiw, Charkiw, Odesa, Dnipro und Lwiw. Vor dem Beginn der russischen Aggression im Jahr 2014 und der Besetzung von Teilen der Region Donezk gehörte auch Donezk zu diesen Metropolen. Sie wurden

zu Gravitationszentren für (Binnen-) Migrant:innen und prägten weitgehend das spezifische Migrationsverhalten der ukrainischen Bevölkerung, das durch eine hohe Konzentration der Menschen in den städtischen Ballungsräumen, intensive Pendelmigration innerhalb von anderthalb Stunden Erreichbarkeit der Großstädte und häufige temporäre Wohnortwechsel in Richtung Arbeitsort gekennzeichnet war (Ptukha Institute for Demography and Social Studies 2018: 161ff.).

Der Beginn der russischen Aggression hat die Migrationsprozesse in der Ukraine erheblich beeinflusst. Zu den bereits bestehenden Migrationsströmen kam die erzwungene Binnenmigration der Bevölkerung hinzu, die durch die vorübergehende Besetzung der Halbinsel Krim und von Teilen der Regionen Donezk und Luhansk verursacht wurde. In der Anfangsphase der russischen Aggression im Jahr 2014 waren mehr als 2 Millionen Menschen gezwungen, ihre Wohnorte zu verlassen. Danach und bis zum Beginn der groß angelegten Invasion im Jahr 2022 lag die Zahl der registrierten Binnenvertriebenen bei durchschnittlich 1,5 Millionen, mit leichten Schwankungen je nach der Lage in den besetzten Gebieten und Entwicklung der ukrainischen Staatspolitik gegenüber Binnenvertriebenen (Mykhnenko et al. 2022). Diese Zahlen geben jedoch nicht das gesamte Ausmaß der erzwungenen Migration wieder, sondern ermöglichen lediglich eine statistische Beschreibung ihres sichtbaren Teils, nämlich der registrierten Binnenvertriebenen. Viele Binnenvertriebene haben eine offizielle Registrierung vermieden, weil sie dadurch in der Gesellschaft und vom Staat anders wahrgenommen worden wären. Bis 2018 erkannte die ukrainische Regierung nicht offiziell an, dass Russland in der Ostukraine einen Krieg begonnen hatte, und die Verteidigung dagegen wurde als „Anti-Terror-Operation“ (ATO) bezeichnet. Dies verzögerte die Anerkennung der Existenz des Krieges und folglich das Verständnis dafür, dass Binnenvertriebene eine Bevölkerungsgruppe sind, die zu den wichtigsten und direkten Opfern dieses Krieges gehört. Dementsprechend wurden die Menschen, die unter der russischen Aggression litten, in den Aufnahmegemeinschaften nicht eindeutig wahrgenommen, waren sowohl mit Hilfsbereitschaft als auch mit Ablehnung konfrontiert und wurden bis 2020 in ihren politischen Rechten eingeschränkt, da sie nicht an Kommunalwahlen teilnehmen durften (Kuznetsova & Mikheieva 2020). All dies schuf eine äußerst problematische Hierarchie in der ukrainischen Staatsbürgerschaft.

Unter den Bedingungen der ersten Phase der russischen Aggression in der Ukraine gab zudem es keine allgemeine staatliche Politik der Evakuierung von Menschen aus den besetzten Gebieten. Die Menschen zogen

unabhängig voneinander um und stützten sich dabei auf ihre eigenen finanziellen und sozialen Fähigkeiten und Beziehungen im Zusammenhang mit Familie, Freundschaft oder beruflichen Netzwerken. Diese Individualisierung stellte eine Besonderheit der internen erzwungenen Migration in der Ukraine ab 2014 dar. Es handelte sich nicht um eine kompakte Ansiedlung von Menschen, die wegen des Krieges evakuiert wurden, sondern um eine verstreute Verteilung der Bevölkerung über das ganze Land entsprechend ihrer individuellen Vertreibungssituation. Dies hatte zur Folge, dass die Gruppe jener Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigten, unsichtbar wurde und in der allgemeinen Bevölkerung ‚verschwand‘; was zu zusätzlichen Herausforderungen bei der Suche nach einer Strategie zur Unterstützung der von Krieg und Vertreibung betroffenen Bevölkerung führte. Außerdem war diese Vertreibungswelle in erster Linie städtischer Natur, da die meisten Binnenvertriebenen vor der Vertreibung Stadtbewohner waren und zumeist in Großstädte zogen, wo sie sich Hilfe und eine vertrautere Lebensweise erhofften. Ein weiterer wichtiger Punkt für das Verständnis der Vertreibungsprozesse in dieser Phase war, dass die Mehrheit der Vertriebenen in Siedlungen in unmittelbarer Nähe der Demarkationslinie lebte. Diese Wahl des Vertreibungsweges war zum Teil auf den Wunsch der Menschen zurückzuführen, sich nicht weit von zu Hause zu entfernen und gelegentlich den Zustand ihrer gewaltsam verlassenen Häuser und Wohnungen überprüfen zu können.

Die Mehrheit der Binnenvertriebenen, die in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk registriert wurden, war im Rentenalter. Ein erheblicher Teil von ihnen wohnte weiterhin in den besetzten Gebieten und begab sich von Zeit zu Zeit in das ukrainisch kontrollierte Gebiet, um sich den Identifizierungsverfahren zu unterziehen und finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die Strategien der Binnenvertriebenen im Rentenalter waren dadurch bedingt, dass die monatliche Unterstützung, die der Staat den Binnenvertriebenen gewährte, sowie die ukrainische Rente selbst nicht für die Wohnungssuche und den Lebensunterhalt ausreichten. Die Höhe der staatlichen Unterstützung für Rentner betrug bis 2022 monatlich 1000 UAH (36 Euro), und für nicht pensionierte, körperlich gesunde Personen sogar nur 442 UAH (16 Euro) (Cabinet of Ministers of Ukraine 2014). Gleichzeitig brachte die Besonderheit der staatlichen Politik gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Gebieten Menschen im Rentenalter in die schwierige Lage, nur begrenzte Rechte auf den Bezug von Renten aus dem solidarischen Rentensystem der Ukraine zu haben, und wenig mobilen Menschen wurde dieses Recht über-

haupt vorenthalten, da sie die Demarkationslinie einfach nicht überqueren und sich den Identifizierungsverfahren unterziehen konnten (Kuznetsova & Mikheieva 2020).

Das Fehlen einer klaren Vorstellung von der tatsächlichen Zahl der Binnenvertriebenen, die sich in den von der Regierung kontrollierten Gebieten aufhielten und nicht nur formell in der Ukraine registriert waren, verhinderte die Durchführung zahlreicher Projekte zur Unterstützung der Binnenvertriebenen – einschließlich derer, die von ausländischen Gebern hätten unterstützt werden können. Die Hauptprobleme bei der Bewältigung der internen Zwangsmigration waren und sind die Probleme der Unterbringung und der Beschäftigung. Das Wohnungsproblem hing mit dem Mangel an Sozialwohnungen und einer entsprechenden staatlichen ukrainischen Politik in diesem Bereich zusammen, sowie mit den weit verbreiteten Schattenpraktiken bei der Anmietung von Wohnraum, bei denen beide Parteien des Schattenvertrags ungeschützt bleiben und Misstrauen entsteht. Beschäftigungsprobleme variierten je nach den regionalen Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur und lokaler Arbeitslosigkeit, hatten aber auch mit der Notwendigkeit von Umschulungen und Berufswechseln zu tun.

Die zweite Welle der erzwungenen Binnenmigration wurde durch Russlands groß angelegte Aggression gegen die Ukraine ausgelöst, die am 24. Februar 2022 begann. Der Krieg hat das Ausmaß und die Art der Binnenvertriebung erheblich verändert. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) war fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Ukraine gezwungen, ihren ständigen Wohnsitz zumindest zeitweise zu verlassen. Im Oktober 2022 waren 6,2 Millionen Ukrainer:innen, davon 41 % Männer und 59 % Frauen, als Folge des Krieges Binnenvertriebene. 25 % aller Binnenvertriebenen sind Kinder, darunter 1,1 % Säuglinge, 4,7 % Kinder unter 5 Jahren und 19,4 % Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren. Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (2022) gibt es in der Ukraine 5,1 Millionen Binnenvertriebene. Das Ministerium für Sozialpolitik der Ukraine (2023) berichtet von 4,9 Millionen Menschen im gleichen Zeitraum. Die Berechnung der tatsächlichen Zahl der Binnenvertriebenen wird durch den dynamischen Charakter der Indikatoren erschwert, da die Menschen gezwungen sind, umzuziehen, eventuell an ihre früheren Wohnorte zurückzukehren, den Ort der Umsiedlung zu wechseln etc. Weitere Berechnungen werden durch die Tatsache erschwert, dass zu den Daten über Binnenvertriebene auch Daten über Personen hinzukommen, die aus dem Ausland zurückgekehrt sind, aber aufgrund des anhaltenden Krieges nicht an ihren früheren Wohnort zurückkehren können. Nach

Angaben der IOM waren im Frühsommer 2023 unter den 5,1 Millionen in der Ukraine registrierten Binnenflüchtlingen 353.000 Menschen, die aus dem Ausland zurückgekehrt sind, aber weiterhin Binnenflüchtlinge sind (IOM 2023: 5).

Aufgrund des dynamischen Charakters der Migration und methodischen Herausforderungen zur erzwungenen Binnenvertreibung müssen zusätzliche Indikatoren gefunden werden, die es ermöglichen, das tatsächliche Ausmaß der erzwungenen Migrationen zu verstehen. Im Juni 2023 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im IDP-Status 352 Tage (International Organization for Migration 2023). Die tatsächliche Dauer variiert stark, je nach Region, Lage der Frontlinie und Dauer der Besetzung. Die Mehrheit der Binnenvertriebenen kommt aus den östlichen Regionen der Ukraine.¹ Menschen, die nicht ins Ausland gereist sind, bewegen sich am häufigsten innerhalb ihrer Oblast oder Makroregion.

Die Umstände der aktuellen Welle der Zwangsmigration seit Februar 2022 unterscheiden sich erheblich von denen der vorherigen. In diesem Fall handelt es sich um eine umfassende russische Invasion in der Ukraine und den systematischen Beschuss ukrainischer Gebiete. Dies macht den Aufenthalt auf dem gesamten Territorium des Landes gefährlich, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Zugleich bleiben die Auswirkungen der ungelösten Probleme, die durch die erste Welle der erzwungenen Migration im Jahr 2014 entstanden sind, weiterhin bestehen. Die Fragen einer angemessenen Wohnungspolitik und des sozialen Wohnungsbaus sind noch lange nicht gelöst. Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Rückgangs der Einkommen der gesamten Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Krieg leben 65 % der Binnenvertriebenen in Haushalten mit einem monatlichen Einkommen von höchstens 4.666 UAH (ca. 105 €), was nach Angaben des ukrainischen Ministeriums für Sozialpolitik (2022) im Jahr 2022 das tatsächliche Existenzminimum in der Ukraine darstellt. Nur 38 % der Binnenvertriebenen bestätigen, dass sie sich auf ein regelmäßiges Gehalt als Haupteinkommensquelle verlassen können (im Vergleich zu 51 % bei den Nicht-Vertriebenen). Auch der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Binnenvertriebenen ist mit ca. 20 % höher als bei den nicht durch den Krieg vertriebenen Personen (IOM 2023: 16).

1 Im Einzelnen stammen 67 % der jüngsten Binnenvertriebenen in der Ukraine aus der Ostukraine, 17 % aus der Südukraine, 7 % aus der Nordukraine, 5 % aus Kyjiw, 2 % aus der Westukraine und 1 % aus der Zentralukraine.

Andererseits findet diese interne Zwangsvertreibung unter neuen sozialen Bedingungen statt. Anders als 2014 nahmen sowohl die ukrainische Regierung als auch die Bevölkerung nach dem Beginn der groß angelegten Invasion im Jahr 2022 die Binnenvertriebenen als Opfer eines Krieges wahr. Der Prozess der Bearbeitung des IDP-Status wurde vereinfacht und digitalisiert und machte somit einen direkten Kontakt zwischen den potenziellen Empfängern und den Behörden überflüssig – in diesem Bereich kam es nach 2014 zu den größten kommunikativen Spannungen. Ein wichtiger Punkt zum Verständnis dieser Situation ist auch, dass die Vertreibung im Jahr 2022 unter völlig neuen Bedingungen mit hoher ziviler und ehrenamtlicher Aktivität der Bevölkerung stattfindet: „Verglichen mit dem westlichen Modell, das vor 2013 in der Ukraine angewandt wurde, ist das neue ukrainische Modell weniger formell, aktiver und hat eine starke politische Dimension. Ähnlich wie ihre westlichen Kollegen erbringen Freiwillige in der Ukraine Dienstleistungen für Bedürftige. Gleichzeitig ist ein Freiwilliger in diesem Land mehr als nur ein Dienstleistungserbringer. Er oder sie hat auch das Potenzial, eine aktive Rolle beim Aufbau von Staat und Nation zu spielen. Der Freiwillige ist ein Verfechter der Demokratie“ (Oleinik 2018: 381). All dies war ein wichtiger Faktor für die Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Staatlichkeit angesichts der umfassenden russischen Aggression. Dies sorgte letztlich dafür, dass nationale NGOs und Freiwilligengruppen sofort auf die russische Invasion in vollem Umfang reagierten, während internationale Organisationen mit offensichtlicher Verzögerung handelten: „Mit einigen Ausnahmen benötigten selbst internationale Organisationen, die zuvor in der Ukraine präsent waren, mindestens fünf Wochen, um zurückzukehren und ihre Arbeit aufzunehmen, bevor sie Hilfe leisten konnten“ (Humanitarian Rapid Research Initiative (HRRI) 2022: 10).

Externe Migration

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Aufbau der Demokratie in der Ukraine haben die Situation der Migration radikal verändert. Als Teil des Demokratisierungsprozesses erhielt die ukrainische Bevölkerung das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnsitzes. Diese Rechte wurden in einer Reihe von Gesetzen festgeschrieben, die die Hauptrichtungen der Migrationspolitik in der unabhängigen Ukraine umrissen: Erleichterung der Rückführung von Personen, einschließlich derjenigen, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit abgeschoben wurden, Schutz von

Flüchtlingen, Regulierung der Einwanderung von Ausländern, einschließlich der Verhinderung der illegalen Migration, Schutz der Rechte und Interessen von im Ausland beschäftigten Bürgern (Malynovska 2014). All diese Richtungen der Migrationspolitik haben bis heute nicht an Relevanz verloren und fanden ihre Anerkennung in der ukrainischen Gesetzgebung der 2000er Jahre.

Im Jahr 2011 wurde das *Konzept der staatlichen Migrationspolitik* (President of Ukraine 2011) angenommen. An dem Konzept war seit 1999 gearbeitet worden. Eine Reihe von Versuchen, ein migrationspolitisches Konzept zu verabschieden, waren zuvor gescheitert. Das Dokument fasste die bisherigen Erfahrungen bei der Steuerung der Migrationsströme zusammen und formte eine neue konzeptionelle Vision der Migrationspolitik. Die Verabschiedung dieses Dokuments war ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Migrationspolitik, aber es wurde wegen seines deklarativen Charakters, des Vorhandenseins von Widersprüchen und des Fehlens von verbindlichen Begleitdokumenten wie der staatlichen migrationspolitischen Strategie kritisiert. Letztere wurde im Jahr 2017 für den Zeitraum bis 2025 verabschiedet (Cabinet of Ministers of Ukraine 2017). Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die Einführung der Visumfreiheit mit EU-Ländern im Jahr 2017 (Ministry of Foreign Affairs of Ukraine 2017), die die Migrationsbedingungen nicht veränderte, aber die Kosten erheblich senkte und den Zugang zur EU für Ukrainer:innen vereinfachte.

Die moderne externe Migration von Ukrainer:innen umfasst Auswanderung, kurzfristige landwirtschaftliche Migration (saisonale Arbeit im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Zyklen und landwirtschaftlicher Produktion), kurzfristige nicht-landwirtschaftliche Migration (kurzfristige Migration, die nicht mit dem Agrarsektor zusammenhängt), langfristige Migration, ‚Braindrain‘ und Bildungsmigration. Mit dem Beginn der russischen Aggression im Jahr 2014 kam es zu einer externen Zwangsmigration.

Die Schätzung des Umfangs der Außenmigration aus der Ukraine anhand statistischer Indikatoren ist und bleibt problematisch. Dies ist teilweise auf die Probleme bei der Erfassung der Bevölkerung in der Ukraine insgesamt zurückzuführen. Die letzte Volkszählung wurde im Jahr 2001 durchgeführt. Die Verwaltungsdaten und die systematischen Erhebungsdaten vermitteln nur ein begrenztes Bild der Migration. Die Daten über die ukrainische Bevölkerung als Ganzes sind nach wie vor nur annähernd aussagekräftig und enthalten nicht viele der Details, die eine Volkszählung liefern würde. Vor der umfassenden Invasion schätzte die ukrainische Re-

gierung die ukrainische Bevölkerung auf 37,3 Millionen, ohne die besetzten Gebiete der Halbinsel Krim und Teile der Oblaste Donezk und Luhansk (Ukrainska Pravda 2020). Nach den Daten des Staatlichen Statistikdienstes der Ukraine vom 1. Februar 2022 betrug die Bevölkerung des Landes 41.167.300 Millionen Menschen, wiederum ohne die besetzte Krim.² Nach Angaben von Eurostat (2023) betrug die Bevölkerung der Ukraine am 1. Januar 2022 40.997.689 Menschen. Das Fehlen einer Volkszählung über einen langen Zeitraum hinweg erschwert bereits jetzt die Bewertung des Ausmaßes der demografischen Folgen von Krieg und erzwungener Migration (sowohl intern als auch extern) und stellt ein Problem für die Zukunft dar.

Dasselbe Problem stellt sich bei quantitativen Schätzungen der Arbeitsmigration, und zwar sowohl wegen der Anwendung unterschiedlicher Zählstrategien und -methoden als auch wegen der Überschneidung verschiedener Arten von Arbeitsmigration wie dauerhafter, rückkehrender, zirkulärer und pendelnder Migration.³ Infolgedessen besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Daten des Staatlichen Statistikdienstes der Ukraine, der Nationalbank der Ukraine und des Internationalen Währungsfonds zur Zahl der Arbeitsmigranten (Sushko et al. 2019: 5).

Nach dem Beginn der russischen Aggression im Jahr 2014 kam die erzwungene Migration außerhalb der Ukraine zu dieser Vielfalt von Migrationsarten hinzu. Ukrainische Bürger, die zwischen 2014 und 2021 aus den vorübergehend besetzten Gebieten nach Europa migrierten, erhielten in den meisten Fällen keinen Flüchtlingsstatus, da der größte Teil des ukrainischen Territoriums unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung blieb. Infolgedessen wählte ein großer Teil derjenigen, die die besetzten Gebiete zu dieser Zeit verließen, gemischte Migrationsstrategien, einschließlich legaler und illegaler Beschäftigung, Heirat und Bildungsmigration.

Die russische Aggression hatte in dieser Phase auch Auswirkungen auf die Arbeitsmigration aus der Ukraine im Allgemeinen. Seit 2014 ist ein

2 Siehe <https://ukrstat.gov.ua/>.

3 Diese vier Arten der Arbeitsmigration lassen sich wie folgt charakterisieren: *Permanente Migration* ist eine Migration, bei der eine Person ihr Land verlässt, sich für eine lange Zeit in dem/den Aufnahmeland(en) aufhält und keine Pläne hat, nach Hause zurückzukehren. Der Begriff *Rückwanderung* beschreibt eine Situation, in der eine Einzelperson oder eine Familie beschließt, aus dem Aufnahmeland in ihr Herkunftsland zurückzukehren. *Zirkuläre Migration* ist eine einmalige oder wiederholte regelmäßige oder unregelmäßige Bewegung in verschiedene Länder zu verschiedenen Arbeitsplätzen mit ständiger Rückkehr in die Heimat. *Pendelmigration* bedeutet tägliches oder wöchentliches Pendeln zwischen dem Wohnort und dem Arbeitsplatz in einem bestimmten Land und umgekehrt.

Rückgang des Stroms von Arbeitsmigrant:innen nach Russland und ein Anstieg des Stroms nach Europa und vor allem nach Polen zu verzeichnen (Malynovska 2020). Laut den Daten einer repräsentativen Umfrage, die in Polen unter ukrainischen Arbeitsmigranten durchgeführt wurde, die zwischen 1991 und 2019 ausgereist sind, gaben beispielsweise 77,3 % der Teilnehmer an, dass sie erst ab 2015 in Polen eine Arbeit aufgenommen haben (Mikheieva & Susak 2019: 10). Die interne Geografie der Arbeitsmigration aus der Ukraine hat sich ebenfalls zu verändern begonnen. Während vor 2014 die Hauptquellen der Arbeitsmigranten nach Europa die westlichen Regionen der Ukraine waren, begann der westliche Vektor der Arbeitsmigration nach 2014 allmählich fast alle Regionen des Landes zu umfassen. Der Rückgang der Intensität der Arbeitsmigration in die Russische Föderation begann bereits vor dem Krieg. Trotz der vereinfachten Arbeitsverfahren waren die Arbeitsbedingungen in der Russischen Föderation schlechter als in anderen Ländern (Ptukha Institute for Demography and Social Studies 2018).

Im Jahr 2021 erhielten 1,57 Millionen ukrainische Staatsbürger:innen eine Aufenthaltsgenehmigung in der Europäischen Union. Zu diesem Zeitpunkt bildeten die Ukrainer in Europa die drittgrößte Gruppe von Bürgern aus Nicht-EU-Ländern in der Europäischen Union.

Mit dem Beginn der groß angelegten Invasion begannen die Ukrainer:innen, das Land massiv zu verlassen. Das Ausmaß dieser erzwungenen Migration wird durch die kumulative Zahl der Grenzübertritte aus der und in die Ukraine nach dem Einmarsch Russlands vom 24. Februar 2022 bis zum 9. Mai 2023 bestätigt: 21.496.802 Grenzübertritte aus der Ukraine heraus und 12.724.350 in die Ukraine hinein wurden in diesem Zeitraum verzeichnet (Statista 2023). Diese Zahlen zeigen jedoch nur die Intensität des grenzüberschreitenden Verkehrs, nicht die Zahl der Zwangsmigrant:innen.

Am Stichtag 23. August 2023 zählte das UNHCR (2023b) 5,8 Millionen in der EU registrierte ukrainische Flüchtlinge, sowie 367.000 außerhalb der EU registrierte ukrainische Flüchtlinge. Damit waren weltweit im August 2023 insgesamt knapp 6,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine registriert. Ukrainer:innen wird in der Europäischen Union vorübergehender Schutz im Rahmen der EU-Richtlinie 2001/55/EG, der sogenannten Massenzustromrichtlinie, gewährt. Diese Richtlinie wurde 2001 als Reaktion auf die Ereignisse auf dem Balkan, d.h. den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, verabschiedet und wurde am 4. März 2022 aufgrund der Flüchtlingskrise

in der Ukraine infolge der russischen Aggression zum ersten Mal in der Geschichte aktiviert (European Commission 2023).

Auf der Grundlage dieser Richtlinie unterscheidet sich die Situation der ukrainischen Zwangsmigranten in der Europäischen Union von der früheren Flüchtlingswellen. Ukrainer:innen wird vorübergehender Schutz auf der Grundlage einer individuellen Bedrohung gewährt – im Gegensatz zu den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, als die gesamte Gruppe der Kriegsflüchtlinge kollektiv betrachtet wurde. Nach der aktivierten Richtlinie über vorübergehenden Schutz hatten ukrainische Staatsbürger und Ausländer, die sich dauerhaft in der Ukraine aufhielten und dafür eine rechtliche Grundlage hatten, Anspruch auf sofortige Beschäftigung, Ausbildung und soziale Unterstützung in den Aufnahmeländern, ohne dass ein Asylverfahren erforderlich war. Außerdem konnten die Ukrainer nach ihrer erzwungenen Migration frei zwischen den EU-Ländern wählen, in denen sie sich niederlassen wollten. Die Praxis der Anwendung der Richtlinie ist jedoch nicht einheitlich und weist in den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede auf.

Die führenden Länder in Bezug auf die Anzahl der registrierten Zwangsmigranten aus der Ukraine (Stand: 23. August 2023) sind Deutschland mit 1.084.410 ukrainischen Flüchtlingen, Polen mit 968.390 ukrainischen Flüchtlingen und die Tschechische Republik mit 363.195 ukrainischen Flüchtlingen. Deutschland (24 %) und Polen (21 %) haben sogar knapp die Hälfte aller Zwangsmigranten aus der Ukraine aufgenommen. Auch die Tschechische Republik (8 %) und das Vereinigte Königreich (5 %) nahmen einen relativ großen Teil der Flüchtlinge aus der Ukraine auf (UNHCR-ODP 2023b). Allerdings haben sich praktisch alle europäischen Länder an der Aufnahme ukrainischer Zwangsmigranten beteiligt.

Ein besonderes Merkmal der ukrainischen Migration während des Krieges ist ihr weiblicher Charakter. Nach den Daten der vierten Welle der Erhebung über die Absichten und Perspektiven von Flüchtlingen aus der Ukraine sind 88 % von ihnen Frauen im erwerbsfähigen Alter, mit einem Durchschnittsalter von 42,8 Jahren. Je nach Methodik der Erhebungen können die Daten leicht variieren, aber in Bezug auf Alter und Geschlecht kommen alle Erhebungen in etwa zu demselben Ergebnis. Eine weitere Besonderheit der jüngsten ukrainischen Zwangsmigration besteht darin, dass mit 66 % aller ukrainischen Flüchtlinge ein erheblicher Anteil der Migranten über eine höhere Bildung verfügt, insbesondere im Vergleich zu 29 % der Menschen mit höherer Bildung in der Ukraine im Allgemeinen und 33 % in den EU-Ländern (Centre for Economic Strategy 2023).

Alle Daten, sowohl statistische (Centre for Research and Analysis of Migration 2023; Statistisches Bundesamt 2023) als auch Umfrageergebnisse (UNHCR-ODP 2023a; Centre for Economic Strategy 2023) bestätigen, dass es nur eine signifikante Welle von Zwangsmigration im Februar-April 2022 gab. Danach flachten die Migrationsströme ab und kehrten fast zu den Grenzübergangsstatistiken der Vorkriegszeit zurück. Zu den Faktoren, die zu einem Wiederaufleben der erzwungenen Migration und einem Anstieg der Grenzübertritte beitrugen, gehört der Beschuss kritischer Infrastrukturen während der Heizperiode. In den Frühjahrs- und Sommermonaten 2023 überstieg die Zahl der in die Ukraine zurückkehrenden Personen sogar die Zahl derer, die die Ukraine verließen.

Statistiken über Flüchtlinge und Migration im Allgemeinen sind prozessualer Natur. Der Krieg dauert an, und seine Dauer, das Ausmaß der Folgen und der Ausgang sind nach wie vor fraglich. All dies schafft eine Situation mit einem hohen Maß an Unsicherheit. Internationale und europäische Organisationen, die Statistiken zur erzwungenen Migration aus der Ukraine erheben und veröffentlichen, stützen sich auf nationale Statistiken, obwohl sie bestimmte Datenüberprüfungsverfahren durchführen, d. h. Daten aus verschiedenen Quellen vergleichen. Die Methoden der Datenerhebung auf nationaler Ebene können sich jedoch im Laufe der Zeit ändern, und unerwartete Veränderungen der Migrationstrends sind weniger als wirkliche Veränderung der aktuellen Situation zu verstehen denn als Veränderungen der Formen und Möglichkeiten der Datenerhebung.

Darüber hinaus basieren statistische Daten meist auf Informationen über registrierte Migrant:innen oder Flüchtlinge. Einige Menschen befinden sich jedoch noch im Registrierungsprozess, andere sind bereits in ihr Heimatland ausgereist, werden aber aufgrund der Trägheit der bürokratischen Verfahren weiterhin als Zwangsmigrant:innen oder Flüchtlinge gezählt. Bei der Arbeit mit Migrationsstatistiken müssen sich Wissenschaftler:innen darüber im Klaren sein, dass diese Informationen nicht genau sind, sondern eher eine grobe Schätzung der tatsächlichen Situation darstellen. Migration ist ein wechselhaftes Phänomen, und Migrationsstatistiken gehören zu den problematischsten Daten, da es sich um fließende, prozessuale Phänomene handelt. Viele Migrant:innen verfolgen hybride Strategien – sie kombinieren verschiedene Statusoptionen wie Arbeitsmigration, Flüchtlingsstatus, Migration zur Familienzusammenführung usw., und sie reisen auch durch mehrere Länder, indem sie beispielsweise in einem Land die Grenze zur EU überschreiten und in andere Länder weiterreisen. Aus diesem Grund können Migrationsdaten oft ein so genanntes Informationsrauschen verur-

sachen: Sie führen zu einer Überfülle an Daten, die wenig Informations- oder Analysepotenzial haben und eher die Illusion erzeugen, dass wir etwas wissen, als dass sie ein wirkliches Bild der Migrationsprozesse vermitteln.

Noch problematischer sind die Statistiken über die Zwangsmigration aus der Ukraine in die Aggressorländer Russland und Belarus. Nach Angaben des UNHCR (2023b) wurden seit Beginn des Krieges bis Juni 2023 offiziell 1.275.315 ukrainische Flüchtlinge in der Russischen Föderation und 27.675 in Belarus registriert. Da die Ukraine jedoch die Grenze zu Russland in den Kampfgebieten sowie die Grenze zu Russland und den ehemaligen und nun annektierten quasistaatlichen Einheiten der sogenannten ‚Volksrepubliken‘ Donezk und Luhansk nicht kontrolliert, ist es unmöglich, diese Daten zu überprüfen. Es ist auch unmöglich, die ukrainischen Bürger:innen, die freiwillig die Grenze zu Russland überquert haben, von denjenigen zu unterscheiden, die deportiert, gefangen gehalten oder gezwungen wurden, durch sogenannte ‚humanitäre Korridore‘ zu gehen, die nur in eine Richtung – nach Russland – offen sind. Interne russische Statistiken zeigen, dass nur einem kleinen Teil der Ukrainer:innen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird. Viele Ukrainer in den besetzten Gebieten und diejenigen, die sich in der Russischen Föderation befinden, unterliegen der Politik der Zwangsvergabe von Pässen und der erzwungenen Annahme der russischen Staatsbürgerschaft. Eine weitere wichtige Frage ist, ob Ukrainer:innen in der Russischen Föderation überhaupt einen Flüchtlingsstatus haben können. Dies ist eine normative Frage, die auch das Völkerrecht berührt: Kann ein Aggressorland die Rechte von Flüchtlingen aus einem Land schützen, gegen das es einen umfassenden Krieg führt?

Die meisten Umfragen unter ukrainischen Zwangsmigrant:innen, die derzeit in Europa durchgeführt werden, geben keine klare Antwort auf die Frage nach der Zukunft dieser Migration, den Aussichten für die Rückkehr der Menschen oder ihrer Integration in die lokalen Gemeinschaften in den europäischen Aufnahmeländern. Der von der EU gewährte Schutz ist zeitlich begrenzt und enthält keine klaren Leitlinien für künftige Entscheidungen in dieser Frage. Andererseits bleibt die Situation in der Ukraine problematisch. Die ukrainischen Zwangsmigrant:innen verbinden ihre Rückkehr in das Land vor allem mit dem Ende des Krieges. Doch gleich hinter den Sicherheitsbedürfnissen stehen Erwartungen im Zusammenhang mit der Wirtschaft in Bezug auf angemessene Löhne und einen höheren Lebensstandard in der Ukraine. Ein wichtiger Faktor ist auch die Wiederherstellung und Verfügbarkeit der für das Leben notwendigen Infrastruktur. Eine solche Konstellation von Erwartungen vor dem Hintergrund

eines andauernden Krieges in vollem Umfang lässt entweder Zweifel an der Realität der Rückkehr aufkommen oder verschiebt die Entscheidung auf unbestimmte Zeit.

Gemessen an den soziodemografischen Indikatoren der jüngsten Gruppe externer Flüchtlinge aus der Ukraine, bei denen es sich hauptsächlich um hoch gebildete Frauen im erwerbsfähigen Alter mit Kindern handelt, sind ukrainische Zwangsmigrant:innen in den Aufnahmeländern eine willkommene und sogar benötigte Gruppe. Aufgrund ihrer Ausbildung wird erwartet, dass sie sich leichter in lokale Gemeinschaften und den Arbeitsmarkt integrieren können. Der individuelle Ansatz bei der Anerkennung des Aufenthaltsstatus⁴ von Ukrainer:innen als Personen, die aufgrund des Krieges vorübergehend Schutz benötigen, schafft Möglichkeiten für eine individuelle Entscheidung über jeweilige zukünftige Szenarien. Und diese Entscheidung wird von einer Vielzahl individueller und institutioneller Faktoren abhängen, wie z. B. der künftigen Migrationspolitik der EU und der Ukraine, der persönlichen Zukunftsvision jedes Einzelnen, aber auch von Alter, Gesundheit, Unterstützungsnetzwerken, familiärer Situation usw.

Ausblick

Die ukrainische Migration hat viele Erscheinungsformen und eine lange Geschichte. Die fünf Wellen der ukrainischen Außenmigration reichen bis ins späte 19. Jahrhundert zurück und unterscheiden sich erheblich voneinander, was die Motivation der ukrainischen Migrant:innen und die Bedingungen, unter denen sie umzogen, betrifft.

Die moderne Binnenmigration ist nach wie vor mit Problemen und Beschränkungen konfrontiert, die noch aus dem sowjetischen System stammen. Die durch die russische Aggression gegen die Ukraine seit 2014 ausgelösten Wellen der erzwungenen Binnenmigration haben das staatliche System jedoch zu tiefgreifenden Veränderungen veranlasst. Dies hat den Mechanismus zur Registrierung von Menschen an ihrem Wohnort in Frage gestellt, der sich kaum von der sowjetischen *Propiska* unterschied. Die meisten staatlichen Dienstleistungen und Maßnahmen waren und sind zum Teil immer noch an die Registrierung des Wohnsitzes gebunden. Im ukrainischen Kontext ist die Registrierung in erster Linie an das Wohneigentum gebunden. Unabhängig davon, wo sich eine Person aufhält, bleibt die Adresse ihres Eigentums die Adresse ihrer Registrierung. Infolgedessen hatten viele interne Arbeitsmigrant:innen in der Ukraine lange Zeit

Schwierigkeiten beim Zugang zu Gesundheitsdiensten, bei der Teilnahme an Wahlen, bei der Inanspruchnahme von Sozialhilfe und einer Reihe anderer staatlicher Dienste und Leistungen, die an die Registrierung und die lokalen Haushalte gebunden sind. Die gleichzeitige erzwungene Binnenmigration von über 1,5 Millionen Kriegsflüchtlingen im Jahr 2014 machte diese Probleme sichtbar, einschließlich des Problems des schattenhaften Charakters des Mietwohnungsmarktes und des Fehlens einer angemessenen staatlichen Politik für den sozialen Wohnungsbau, und machte es letztlich notwendig, dass sie überdacht und teilweise gelöst wurden. So wurden Gesundheitsdienste verbessert und für Menschen zugänglich gemacht, die zuvor aufgrund spezifischer Registrierungsverfahren keinen Zugang dazu hatten. Auch das Verfahren zur Neuregistrierung einer Wahladresse und der Zugang zur Teilnahme an Wahlen wurden stark vereinfacht. Nach langen Diskussionen erhielten ukrainische Binnenvertriebene im Jahr 2020 wieder das Recht, bei Kommunalwahlen zu wählen und gewählt zu werden (Durnyeva et al. 2019). Diese Reformen haben dazu geführt, dass der Umgang mit Binnenmigration dem aktuellen Entwicklungsstand des Landes sowie der Notwendigkeit einer Lenkung aktiver interner Arbeitsströme angemessener geworden ist, insbesondere im Kontext eines lang anhaltenden Krieges und anhaltender interner Zwangsmigration.

Auch die Situation der freiwilligen und erzwungenen externen Migration bleibt komplex und weist viele Dimensionen und Zusammenhänge auf. Dazu gehört die Frage nach der Rolle der ukrainischen Diaspora in den Ankunftsländern, die für die nachfolgenden Generationen bereits zu Herkunftsländern geworden sein könnten. Es geht auch um die Beziehungen zwischen den Vertretern der alten und der neuen ukrainischen Diaspora sowie den Migrant:innen, die vor dem russisch-ukrainischen Krieg geflohen sind und in den EU-Ländern vorübergehend Schutz erhalten haben. Relevant sind auch die künftigen Beziehungen zwischen den Aufnahmegemeinschaften in verschiedenen Ländern und den ukrainischen Migrant:innen. Zugleich stellt die Situation der Diaspora auch eine besondere Herausforderung dar, die mit dem Wunsch der Ukraine zusammenhängt, Wege zu finden, um das durch den Krieg und die erzwungene Migration verlorene demografische Potenzial wiederherzustellen.

Die Migrationspolitik sowohl in der Ukraine als auch in den EU-Ländern steht derzeit vor großen Aufgaben. Erstens muss sie unter unsicheren Bedingungen gestaltet werden, da das offene Datum des Kriegsendes, aber auch das Fehlen klarer Strategien für die Zukunft bei den meisten der erzwungenen Migrant:innen zu berücksichtigen sind. Zweitens wird diese

Politik in jedem Fall einen Kompromiss zwischen der EU und der Ukraine im Hinblick auf den Wettbewerb um Arbeitskräfte darstellen. Drittens wird die künftige Haltung gegenüber erzwungener Migration sowohl in den Aufnahmegemeinschaften als auch in der ukrainischen Gesellschaft für die Lösung der Frage der Rückkehr oder Nichtrückkehr von Bedeutung sein.

Literatur

- Cabinet of Ministers of Ukraine, 2014: Постанова від 1 жовтня 2014 р. 505: Про надання щомісячної адресної допомоги внутрішньо переміщеним особам для покриття витрат на проживання, в тому числі на оплату житлово-комунальних послуг [Resolution No. 505 of October 1, 2014 on providing targeted assistance to individuals for obtaining a residence permit, including for housing and utility services]. Cabinet of Ministers of Ukraine (КАБІНЕТ МІНІСТРІВ УКРАЇНИ). <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/505-2014-%D0%BF#Text> (17.4.2024).
- Cabinet of Ministers of Ukraine, 2017: РОЗПОРЯДЖЕННЯ від 12 липня 2017 р. № 482-р Київ Про схвалення Стратегії державної міграційної політики України на період до 2025 року [ORDER dated July 12, 2017 No. 482-p Kyiv On approval of the Strategy of the State Migration Policy of Ukraine for the period up to 2025]. Cabinet of Ministers of Ukraine (КАБІНЕТ МІНІСТРІВ УКРАЇНИ). <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/482-2017-%D1%80#Text>.
- Centre for Economic Strategy, 2023: Ukrainian refugees: who are they, where did they come from and how to return them – Centre for Economic Strategy. <https://ces.org.ua/en/ukrainian-refugees-who-are-they-where-did-they-come-from-and-how-to-return-them/>.
- Centre for Research and Analysis of Migration (CReAM), 2023: Current migration flows from Ukraine. <https://cream-migration.org/ukraine-detail.htm?article=3573>.
- Durnyeva, T., H.H. Jepsen & H. Roberts, 2019: IDP's Electoral Participation Gap. *Journal of Internal Displacement* 9 (1): 2–35.
- European Commission, 2023: Migration management: Welcoming refugees from Ukraine. https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/migration-and-asylum/migration-management/migration-management-welcoming-refugees-ukraine_en.
- Eurostat, 2023: Data Browser. Population on 1 January. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/TP.S00001/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=6ef61f16-dadc-42b1-a6ce-3ddfa4727e8>.
- Humanitarian Rapid Research Initiative (HRRI), 2022: Підтримати місцеві ініціативи: Нові гуманітарні пріоритети в Україні березень-травень 2022 р. | Humanitarian Outcomes. [Support local initiatives: New humanitarian priorities in Ukraine March-May 2022]. https://www.humanitarianoutcomes.org/Ukraine_response_June_2022_Ukr.

- International Organization for Migration, 2022: Ukraine — Internal Displacement Report — General Population Survey Round 10 (17 – 27 October 2022) | Displacement Tracking Matrix. <https://dtm.iom.int/reports/ukraine-internal-displacement-report-general-population-survey-round-10-17-27-october-2022>.
- International Organization for Migration, 2023: Ukraine — Internal Displacement Report — General Population Survey Round 13 (11 May – 14 June 2023) | Displacement Tracking Matrix. <https://dtm.iom.int/reports/ukraine-internal-displacement-report-general-population-survey-round-13-11-may-14-june-2023>.
- Kuznetsova, I. & O. Mikheieva, 2020: Forced Displacement from Ukraine's War-Torn Territories: Intersectionality and Power Geometry. *Nationalities Papers* 48 (4): 690–706.
- Libanova, E.M., 2018: Зовнішні трудові міграції українців: масштаби, причини, наслідки. [External labor migration of Ukrainians: scale, causes, consequences]. *Demography and social economy* 2 (33): 11–26
- Malynovska, O., 2013: Міграційні дослідження радянського періоду та їх вплив на сучасне міграцієзнавство в Україні. [Migration Studies of the Soviet Period and Their Impact on Contemporary Migration Studies in Ukraine]. *Demography and social economy* (2): 156–166.
- Malynovska, O., 2014: Міграційна політика в Україні: формування, зміст, відповідність сучасним вимогам. [Migration policy in Ukraine: formation, content, compliance with modern requirements]. Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER). Аналітична записка МІ/2014. http://www.ier.com.ua/files/publications/Policy_Briefing_Series/PB_01_migration_2013_ukr.pdf.
- Malynovska, O., 2020: Mizhnarodna Mhtratsiia Naselennia Ukrainy za Roky Nezalezhnosti. S. 169–185 in: M. Denysenko, S. Strottsa & M. Lait (Hrsg.), *Mhtratsiia z Novykh Nezaleznykh Derzhav. Suspilstva ta Politychni Poriadky v Perekhidnyi Period*. Cham: Springer.
- Malynovska, O., 2021: Міграція та міграційна політика в Україні: трансформації доби незалежності. [MIGRATION AND MIGRATION POLICY IN UKRAINE: TRANSFORMATIONS OF THE AGE OF INDEPENDENCE]. *Migration & Law* 1 (1): 10–26.
- Mikheieva, O. & M. Jaroszewicz, 2023: Editorial Introduction: Migration Dynamics, Trajectories and Policies in the Context of Russian Full-Scale Aggression against Ukraine. *Central and Eastern European Migration Review* 12 (1).
- Mikheieva, O. & O. Shevel, 2021: The Development of National Identities in Ukraine. S. 283–320 in: M. Minakov, G. Kasianov & M. Rojansky (Hrsg.), *From “the Ukraine” to Ukraine. A Contemporary History, 1991 – 2021*. Stuttgart: ibidem.
- Mikheieva, O. & V. Susak, 2019: Виклики сучасної міграції: українська спільнота в Парижі: Аналітичний звіт. [Challenges of modern migration: Ukrainian community in Paris: Analytical report]. L'viv: Ukrainian Catholic University and KolirPro.

- Ministry of Foreign Affairs of Ukraine, 2017: Коментар МЗС України щодо схвалення Радою ЄС рішення стосовно надання Україні безвізового режиму. [Commentary of the Ministry of Foreign Affairs of Ukraine on the EU Council's approval of the decision to grant Ukraine visa-free regime]. Міністерство закордонних справ України (Ministry of Foreign Affairs of Ukraine). <https://mfa.gov.ua/news/57123-mfa-comment-on-the-eu-councils-approval-of-the-decision-to-grant-ukraine-a-visa-free-regime>.
- Ministry of Social Policy of Ukraine, 2022: Фактичний розмір прожиткового мінімуму у 2015–2022 роках. Розрахунки фактичного прожиткового мінімуму за 2022 рік. [The actual size of the subsistence minimum in 2015–2022. Calculations of the actual subsistence minimum for 2022]. <https://www.msp.gov.ua/news/12286.html>.
- Ministry of Social Policy of Ukraine, 2023: Внутрішньо переміщені особи. [Internally displaced persons]. Міністерство соціальної політики України (Ministry of Social Policy of Ukraine). <https://www.msp.gov.ua/timeline/Vnutrishno-peremishcheni-osobi.html>.
- Mykhnenko, V., E. Delahaye & N. Mehdi, 2022: Understanding forced internal displacement in Ukraine: insights and lessons for today's crises. *Oxford Review of Economic Policy* 38 (3): 699–716.
- Nikolskyi, V.M., 2003: Репресивна діяльність органів державної безпеки СРСР в Україні (кінець 1920-х – 1950-ті рр.). [Repressive Activities of the USSR State Security Bodies in Ukraine (late 1920s – 1950s)]. *Istoryko-statystychnye doslidzhennia*. Donetsk.
- Oleinik, A., 2018: Volunteers in Ukraine: From provision of services to state- and nation-building. *Journal of Civil Society* 14 (4): 364–385.
- President of Ukraine, 2011: Про Концепцію державної міграційної політики [On the Concept of State Migration Policy]. N 622/2011. President of Ukraine. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/622/2011#Text> (17.4.2024).
- Ptukha Institute for Demography and Social Studies, 2018: Українське суспільство міграційний вимір. [Ukrainian society: migration dimension: national report]. Kyiv. https://www.idss.org.ua/arhiv/Ukraine_migration.pdf.
- State Statistics Service of Ukraine, 2003: Національний склад населення України та його мовні ознаки входить до серії тематичних видань за даними Всеукраїнського перепису населення 2001 року. [National Composition of the Population of Ukraine and Its Linguistic Characteristics is part of a series of thematic publications based on the data of the 2001 All-Ukrainian Population Census.]. Kyiv. <http://2001.ukrcensus.gov.ua/>.
- Statista, 2023: Border crossings from and to Ukraine 2023 | Statista. <https://www.statista.com/statistics/1310270/number-of-refugees-from-ukraine/>.
- Statistisches Bundesamt, 2023: 1.1 million arrivals of people from Ukraine in 2022. https://www.destatis.de/EN/Press/2023/02/PE23_N010_12411.html (17.4.2024).
- Sushko, I., K. Kulchytska & R. Minich, 2019: Myths and Facts on Ukrainian Labour Migration to the Visegrad Group. <https://europewb.org.ua/wp-content/uploads/2019/05/Giude-EN-fin.pdf>.

- Ukrainska Pravda, 2020: В Україні живе 37,3 мільйона осіб – оцінка уряду. [Government estimates 37.3 million people live in Ukraine]. Українська правда, 23.01.2020. <https://www.pravda.com.ua/news/2020/01/23/7238191/> (17.4.2024).
- UNHCR-ODP, 2023a: Regional Intentions Survey Result (3rd and 4th Round). Intentions and Perspectives of Refugees from Ukraine. UNHCR Operational Data Portal. <https://data.unhcr.org/fr/dataviz/304>.
- UNHCR-ODP, 2023b: Ukraine Refugee Situation. Operational Data Portal. UNHCR Operational Data Portal. <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>.
- Verchowna Rada Ukraini, 1992: Про затвердження положень про паспорт громадянина України та про паспорт громадянина України для виїзду за кордон [On Approval of Regulations on the Passport of a Citizen of Ukraine and the Passport of a Citizen of Ukraine for Traveling Abroad]. Verchowna Rada Ukraini. <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2503-12#Text> (17.4.2024).